

Stadt Heidelberg
Dezernat III, Amt für Soziales und Senioren

**Lokaler Teilhabeplan für Menschen mit
Behinderung in Heidelberg
Einrichtung eines Behindertenbeirats**

Beschlussvorlage

Beratungsfolge	Sitzungstermin	Behandlung	Zustimmung zur Beschlussempfehlung	Handzeichen
Sozialausschuss	09.10.2007	Ö	<input type="radio"/> ja <input type="radio"/> nein <input type="radio"/> ohne	
Haupt- und Finanzausschuss	24.10.2007	Ö	<input type="radio"/> ja <input type="radio"/> nein <input type="radio"/> ohne	
Gemeinderat	15.11.2007	Ö	<input type="radio"/> ja <input type="radio"/> nein <input type="radio"/> ohne	

Beschlussvorschlag der Verwaltung:

Sozialausschuss und Haupt- und Finanzausschuss empfehlen dem Gemeinderat folgenden Beschluss:

- 1. Bei der Stadt Heidelberg wird ein Beirat für Menschen mit Behinderung (Behindertenbeirat) gem. dem als Anlage beigefügten Leitfaden eingerichtet.*
- 2. Die Verwaltung wird mit der Umsetzung auf Grundlage der im Leitfaden vorgeschlagenen Rahmenbedingungen beauftragt.*

Anlagen zur Drucksache:	
Lfd. Nr.	Bezeichnung
A 1	Leitfaden - Beirat für Menschen mit Behinderung (Behindertenbeirat) der Stadt Heidelberg

I. Prüfung der Nachhaltigkeit der Maßnahme in Bezug auf die Ziele des Stadtentwicklungsplanes / der Lokalen Agenda Heidelberg

1. Betroffene Ziele des Stadtentwicklungsplanes

Nummer/n: (Codierung)	+ / - berührt:	Ziel/e:
SOZ 1	+	Ausgrenzung verhindern
SOZ 2	+	Diskriminierung vorbeugen Begründung: Die Mitwirkung und Mitsprache von Menschen mit Behinderung in Heidelberg trägt dazu bei, diese besser in das kommunale Geschehen einzubinden und ihre Belange in allen Bereichen der Daseinsvorsorge zu berücksichtigen.
SOZ 3	+	Solidarität und Eigeninitiative, Selbsthilfe und bürgerschaftliches Engagement fördern
SOZ 12	+	Selbstbestimmung auch behinderter Menschen gewährleisten Begründung: Eine Einbindung von Menschen mit Behinderung in kommunale Entscheidungswege im Rahmen des Behindertenbeirats trägt zur Erreichung der o.g. Ziele bei.
QU 3	+	Ziel/e: Bürger(innen)beteiligung und Dialogkultur fördern Begründung: Der Behindertenbeirat wird dazu beitragen den Dialog zwischen Menschen mit und ohne Behinderung zu verbessern, indem er die Interessen und Bedürfnisse von Menschen mit Behinderung artikuliert.
QU 1	-/+	Ziel/e: Solide Haushaltswirtschaft Begründung: Einerseits verursachen zusätzliche Gremien zusätzliche Kosten. Andererseits wird eine engagierte Behindertenvertretung dazu beitragen, in den verschiedensten Bereichen behindertengerechte, effiziente Lösungen zu finden. Durch eine frühzeitige Beteiligung betroffener behinderter Menschen wird die rechtzeitige Berücksichtigung ihrer Belange gewährleistet, teure nachträgliche Veränderungen werden vermieden.

2. Kritische Abwägung / Erläuterungen zu Zielkonflikten:

Obwohl es in Heidelberg über 16.000 Menschen gibt, die schwerbehindert sind (Grad der Behinderung von 50 oder mehr) gibt es bislang keine kontinuierliche und organisierte Form der Interessenvertretung und der Beteiligung am kommunalpolitischen Geschehen sowie des Dialogs behinderter Menschen. Die Einrichtung eines Behindertenbeirats wird dies ändern. Den finanziellen Mehraufwendungen, die durch das zusätzliche Gremium notwendig werden, stehen Einsparungen gegenüber, die durch verbesserte behindertengerechte Planungen entstehen. Ebenso wichtig ist die verbesserte Teilhabe am kommunalen Geschehen.



II. Begründung:

I.

Die SPD-Gemeinderatsfraktion hat beantragt, die Themen „Einrichtung eines Behindertenbeirats“ (Antrag Nr.: 0057/2007/AN) und „Sachstandsbericht zur Konzeption und Umsetzung des lokalen Teilhabeplans“ (Antrag Nr.: 0058/2007/AN) zu behandeln. Beide Antragsgegenstände sind miteinander eng verknüpft und daher Gegenstand dieser Vorlage.

Die Stadt Heidelberg bekennt sich zu der bundesweiten Initiative **Lokaler Teilhabeplan** im Rahmen der Aktion Grundgesetz und hat zur Entwicklung eines lokalen Teilhabeplans für Heidelberg die kommunale Gesamtsituation der Stadt in den Blick genommen.

Der Lokale Teilhabeplan will die Beteiligung von Menschen mit Behinderung am sozialen und gesellschaftlichen Leben in Heidelberg sicher stellen und wendet sich damit an alle Menschen mit Behinderung in Heidelberg.

Ein **erster Schritt** dazu war die „Bestandsaufnahme zur Situation von Menschen mit Behinderung in Heidelberg“ (DS: 0160/2005/IV).

Die Zukunftswerkstatt Menschen mit Behinderung in Heidelberg am 5. und 6. Mai 2006 gab – als **zweiter Schritt** – dem Vorhaben „Lokaler Teilhabeplan“ weitere Impulse. Die Dokumentation dieser Tagung wurde vom Gemeinderat am 7. Dez. 2006 zur Kenntnis genommen (DS 0140/2006/IV). Sie wurde außerdem auch weiteren Adressaten, deren Arbeitsbereiche bei der Zukunftswerkstatt Thema waren (z. B. RNV, Arbeitsagentur, GGH, Universität), Selbsthilfegruppen und Anbietern behindertenrelevanter Dienstleistungen (z. B. DRK, Arbeiter-Samariter-Bund, Individualhilfe) übersandt. Eine Rückmeldung des RNV ergab, dass Kritikpunkte am öffentlichen Nahverkehr dort angekommen sind und bearbeitet werden.

II.

Wichtigstes Anliegen der Zukunftswerkstatt und – als **nächster Schritt** – Voraussetzung für die Weiterentwicklung des Lokalen Teilhabeplans ist die Einrichtung eines Behindertenbeirats. Er gewährleistet am besten, dass der Lokale Teilhabeplan nicht über die Köpfe der Menschen mit Behinderung hinweg sondern mit und von ihnen weiterentwickelt wird.

Auf Anregung aus dem Gemeinderat beschäftigte sich der Sozialausschuss bereits im Jahr 2004 mit dem sog. Mainzer Modell der Mitbestimmung und Partizipation von Menschen mit Behinderungen (DS 0089/2004/IV). In der Sitzung des Sozialausschusses vom 10. September 2004 wurde dem Aktionsbündnis zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen in Heidelberg unter Federführung des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes der Auftrag erteilt, ein Konzept zur Umsetzung dieses Modells in Heidelberg zu erarbeiten. Ein Zwischenbericht wurde dem Sozialausschuss bei seiner Sitzung vom 17. November 2005 durch Herrn Baumgarth, Geschäftsführer des Paritätischen Wohlfahrtsverbands, Bezirksgeschäftsstelle Heidelberg, gegeben.

Im Sozialausschuss vom 23. November 2006 wurde erneut über den Sachstand berichtet (DS 0147/2006/IV). Der Gemeinderat hat am 3. Mai 2007 mit Verabschiedung des Haushaltsplans 2007/2008 als Zielvorgabe beschlossen einen Behindertenbeirat einzurichten. Gleichzeitig hat er für die Arbeit eines Behindertenbeirats im Jahr 2008 einen Betrag von 50.000 Euro in den Haushaltsplan eingestellt.

III.

Durch die Einrichtung eines Behindertenbeirats soll

- das gleichberechtigte Zusammenleben zwischen Menschen mit und ohne Behinderung gefördert,
- die Möglichkeit der Teilhabe von Menschen mit Behinderung am gesellschaftlichen Leben verbessert,
- die Beteiligung von Menschen mit Behinderung am kommunalpolitischen Leben intensiviert und
- sichergestellt werden, dass die Interessen von Menschen mit Behinderung in allen sie betreffenden kommunalpolitischen Bereichen angemessen berücksichtigt werden.

Die Verwaltung schlägt – nach Abstimmung mit den bisher an der Diskussion beteiligten Personen – die Einrichtung eines Behindertenbeirats unter den in dem beigefügten Leitfaden (Anlage) zusammengefassten Rahmenbedingungen vor.

Um Zustimmung wird gebeten.

gez.

Dr. Joachim Gerner